Hallesche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen

für Anhalt und Thüringen.

1917 Nr. 517 — Jahrgang 210

Bezugspreis für Halle u. Vororte 3.25 Mk. Durch die Post bezogen 4.50 Mk. für das Vierteljahr, monatlich 1.50 Mk. Die Hallesche Zeitung erscheint wöchentlich dreizehnmal. — Gratis-Beilagen: Hallescher Courier (tägl. Feuilletonbeil.). Ill. Unterhaltungsblatt (Sonntagsbeil.), Landw. Mitteilungen, Illustr. Modenbeilage, Sächsische Provinzialblätter, Kinderbeilage (für die junge Welt)

Morgen-Ausgabe

Anzeigegebühren für die sechsgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 30 Pfennig. Reklamen am Schluß des redaktionellen Teils die Zeile 100 Pfennig. Anzeigenannahme bei der Geschäftsstelle in Halle (Saale) und bei allen bekannten Annoncen-Expeditionen. Postscheckkonto: Leipzig Nr. 20542

Geschäftsstelle in Halle (Saale): Leipziger Straße Nr. 61/62. Fernruf 7801 während der Geschäftsstunden. Nach Geschäftsschluß: Schriftleitung 5610. Geschäftsstelle 5608 und 5609. Hauptschriftleiter: Dr. H. Simon, Halle

Mittwoch, 10. Oktober 1917

Geschäftsstelle in Berlin und Berliner Schriftleitung: Bernburger Straße 30. — Fernruf Amt Kurfürst Nr. 629. Druck und Verlag von Otto Thiele, Halle (Saale)

Eine aufsehenerregende Reichstagssitzung

Der deutsche Schlachtbericht

Berlin, 9. Oktober. In Flandern versuchten in den frühen Morgenstunden des 8. Oktober feindliche Patrouillen in Gegend Draaibank südlich Poelkapelle und bei Gheluvelt vorzudringen. Sie wurden an allen drei Stellen blutig abgewiesen. Das trotz stürmischen Wetters starke Feuer zwischen dem Houthoulster Walde und Zanvoorde steigerte sich nachmittags und schwoll zu außerordentlicher Stärke in Gegend Paßschendaele und südlich Moenaarelsthoek an. Es setzte sich bis zum späten Abend in gleicher Stärke fort und ging während der Nacht zu schlagartigen Feuerüberfällen über. Von 6 Uhr morgens an steigerte sich das Störungsfeuer zu stärktem Trommelfeuer auf der ganzen Hauptkampffront, worauf an der Bahn Boesinghe—Staden und nördlich der Straße Menin-Ypern neue englische Angriffe eingesetzt haben. Trotz tiefhängender Wolken und regnerisch-trübem Wetter war die beiderseitige Fliegertätigkeit lebhaft.

An der Arrasfront war das feindliche Artilleriefeuer in Gegend Lens, östlich Monchy und südlich Fontaine lebhaft.

Auch an der Aisnefront in Gegend Fort Malmaison hielt das Artilleriefeuer an und flaute erst mit Einbruch der Dunkelheit ab. In Gegend Fort Malmaison und Juvincourt brachten unsere Patrouillen aus erfolgreichen Unternehmungen Gefangene zurück.

In der Ost-Champagne folgten nach kurzer starker Artillerievorbereitung ein stärkerer feindlicher Vorstoß westlich Tahure, der unter Einbehaltung von Gefangenen im Handgranatenkampf restlos abgewiesen wurde. Beiderseits der Maas nahm die Artillerietätigkeit zeitweise zu.

In Mazedonien steigerte sich zeitweise das feindliche Artilleriefeuer gegen den Dobropolje und gegen unsere Stellungen südlich Doiran.

Vom entwichenen deutschen U-Boot

Madrid, 8. Okt. Privattelegramm. (Havas.) Das entwichene deutsche Unterseeboot hatte keine Munition, da die Torpedos, Bomben und Granaten nach der Internierung im Arsenal abgegeben wurden. Der deutsche Kommandant erklärte dem Kommandanten des spanischen Torpedobootes, das „U 293" ins Schlepptau genommen hatte, er wisse, daß er interniert würde, weil er in spanische Gewässer eingedrungen sei und sprach den Wunsch aus, in den Hafen zu fahren.

Die Erklärung des Großadmirals v. Tirpitz,

die er im Namen der Deutschen Vaterlands-Partei veröffentlicht, hat folgenden Wortlaut.

„In der Presse und im Reichstage ist die Behauptung aufgestellt worden, daß die Deutsche Vaterlandspartei Förderung von amtlicher Seite erfahre und durch Ausnutzung amtlicher oder wirtschaftlicher Abhängigkeitsverhältnisse ihren Mitgliederbestand vermehre. Diese Behauptung ist unwahr; es fehlt sogar nicht an Anzeichen, die auf ein umgekehrtes Verhalten mancher amtlicher Stellen schließen lassen. Wenn trotzdem in Einzelfällen Versuche von Beamten, Unternehmern usw., den Beitritt von Untergebenen zu erzwingen, vorgekommen sein sollten, so mißbilligt die Parteileitung solches Verfahren auf das schärfste. Es gilt hierfür dasselbe wie für das Hineinziehen von Fragen innerer Politik, das angeblich vereinzelt erfolgt sein soll. Sie würde in diesem Falle nur die dringende Bitte an ihre Mitglieder und Freunde richten können, solche Schritte zu unterlassen. Die Deutsche Vaterlands-Partei verzichtet auf amtliche Proektion und auf Mittel der Mitgliederwerbung der geschilderten Art. Sie hat sie auch durchaus nicht nötig, im Gegenteil, sie vermag die Erledigung der Riesenzahl von Beitrittsanmeldungen aus allen Schichten und Parteien kaum zu bewältigen. Die Deutsche Vaterlands-Partei ist eine Volksbewegung, die aus der Notwendigkeit der Zeit geboren ihren Weg ohne fremde Krücken macht und für ihre Werbe- und Aufklärungstätigkeit lediglich dieselbe Freiheit beanspruch, wie jeder Deutsche. Schon jetzt liefert das Vorgehen der Vaterlands-Partei den Beweis, daß mit uns die überwältigende Mehrheit des deutschen Volkes hinter jeder Regierung steht, die einen zu Deutschlands Niedergang führenden Verzichtfrieden ablehnt und die Fahne des Sieges hochhält."

Ungarn gibt Siebenbürgen nicht preis

Ofenpest, 8. Oktober. Kultusminister Graf Albert Apponyi hielt in Siebenbürgen, wo er sich zum Besuch seines an der Front befindlichen Sohnes aufhielt, eine Rede, in der u. a. sagte, daß der Minister des Aeußeren und der deutsche Reichskanzler im Einverständnis erst neulich erklärt hätten, keine Eroberungen im Auge zu haben und zu Friedensverhandlungen bereit zu sein. Leider zeige sich bei unseren Feinden noch immer nicht genug Friedensbereitschaft; erst dieser Lage sei von beachtenswerter Seite der Besitz Siebenbürgens gefordert worden. Ungarn werde von Siebenbürgen keine Handbreit Boden preisgeben.

Abendbericht des Großen Hauptquartiers

Berlin, 9. Oktober, abends. (Amtlich.) In Flandern entwickelte sich aus den Frühkämpfen eine neue Schlacht, die zwischen Draaibank (nordöstlich von Bixschoote) und Gheluvelt, 18 Kilometer, noch andauert. Trotz mehrmaligen Anstürmens beschränkt sich der Geländegewinn des Feindes nach den bisherigen Meldungen auf einen schmalen Streifen zwischen Draaibank und Poelkapelle. Im übrigen wurden die Angriffe abgeschlagen.

Sonst nichts von Bedeutung.

Der österreichische Generalstabsbericht

Wien, 9. Oktober. Amtlich wird verlautbart:

Oestlicher Kriegsschauplatz

Unverändert.

Italienischer Kriegsschauplatz

Bei Kal auf der Hochfläche von Bainsizza-Heiligen Geist wurde gestern ein italienischer Angriff unter starken feindlichen Verlusten abgeschlagen. An 120 Gefangene und 7 Maschinengewehre blieben in unserer Hand. Bei Costanjeviza brachte uns ein erfolgreiches Unternehmen 108 Gefangene ein.

Albanien:

Oestlich von Valona wurde ein italienischer Uebergangsversuch über die Vojusa vereitelt.

Der Chef des Generalstabes.

Ein verständiger Beschluß des Reichstages

Berlin, 9. Okt. Der Reichstag hat den Antrag der Unabhängigen Sozialisten, daß die Behandlung der den Gegenstand der Interpellation betreffenden Agitation durch Vorgesetzte im Heere zu Gunsten alldeutscher Politik nicht den Ansichten des Reichstages entspricht, gegen die Stimmen der beiden sozialdemokratischen Fraktionen abgelehnt.

Innerpolitisches aus Rußland

Petersburg, 8. Oktober. Die Petersburger Telegraphen-Agentur veröffentlicht die amtliche Liste des von Kerenski neu gebildeten Ministeriums: Sozialistische Minister sind: Kerenski, Ministerpräsident und Oberbefehlshaber; Nikitin: Inneres, Post und Telegraphen; Malianowitsch: Justiz; Prokorowitsch: Nahrungsmittelversorgung; Auskentiew: Landwirtschaft; Owsyedow: öffentliche Arbeiten. Nichtsozialistische Minister sind: Terescheenko: Auswärtige Angelegenheiten; Konowalow: Handel und Industrie; Bernatzky: Finanzen; Salaskin: öffentlicher Unterricht; Kartaschew: Kultus; Kischtin: öffentliche Unterstützung; Smirnow: Staatskontrolleur; Tretiakow: Präsident des Wirtschaftsrates; Liwerowsky: Verkehrsminister; General Verschowsky: Krieg; Admiral Werderewsky: Marine.

Im Petersburger Arbeiter- und Soldatenrat wurde die Neuwahl des Büros vorgenommen, das jetzt aus sieben Mitgliedern, nämlich vier Maximalisten, zwei Sozialrevolutionären und einem minimalistischen Sozialdemokraten besteht.

Der Eisenbahnerausstand nimmt den vom Ausschuß der Ausständigen angekündigten planmäßigen Verlauf. Die Regierung beschloß angesichts des Ausstandes die verlangte Lohnerhöhung vom 19. Oktober ab zu bewilligen, was eine jährliche Mehrausgabe von 730 Millionen Rubel erfordern wird. Nach den letzten Nachrichten sind nur die Angestellten der Linie Moskau-Petersburg in den Ausstand getreten, während die Angestellten der anderen Linien nur protestierten.

Baku, 8. Okt. (Meldung der P. T. A.) Die Konferenz der Arbeiterausschüsse aller Petroleumborschächte beschloß für den 10. Oktober den Generalausstand.

Türkischer Heeresbericht

Konstantinopel, 8. Oktober. Heeresbericht: Sinaifront: Beiderseitiges Artilleriefeuer und erhöhte Patrouillentätigkeit beim Gegner.

Dialafront: Ein feindliches Flugzeug wurde durch Feuer von der Erde zum Niedergehen gezwungen. Ein Flugzeug wurde erbeutet, die Besatzung gefangen.

Kaukasusfront: Im Zentrum versuchte eine kleinere feindliche Abteilung ein Unternehmen gegen unsere Stellung, das in unserem Feuer scheiterte. An den übrigen Fronten keine besonderen Ereignisse.

Deutscher Reichstag.

Sitzung vom 9. Oktober 1917.

Am Bundesratstische: Dr. Helfferich, v. Capelle, v. Kühlmann, v. Stein, Graf Roedern, Wallraf.

Präsident Dr. Kaempf eröffnete die Sitzung um 10 Uhr 20 Minuten.

Auf der Tagesordnung standen zunächst kurze Anfragen.

Abg. Albrecht (Unabh. Soz.) fragte wegen Beschäftigung eingezogener Handwerker mit der Herstellung von Friedensuniformen und Entlassung derselben aus dem Heeresdienst.

Generalmajor v. Oven: Nach Fertigstellung der Kriegsuniformen wurde die allmähliche Entlassung der Mannschaften angeordnet. Später wurden sie aber wieder notwendig gebraucht und sind augenblicklich voll beschäftigt. Friedensuniformen werden jetzt nicht angefertigt.

Abg. Waldstein (Fortschr. Vpt.) fragte nach völkerrechtswidriger Behandlung der Zivilbevölkerung nach der Besetzung Taboras durch die belgische Regierung.

Ministerialdirektor Dr. Kriege: Die Regierung hat unverzüglich ihre Gegenmaßnahmen getroffen. Jetzt schweben erneut Verhandlungen.

Abg. Mumm (Dtsch. Fraktion) fragte nach Verwendung von Zucker für die Herstellung von Wein.

Unterstaatssekretär Frhr. v. Braun: Für die Weinproduktion wird nur die absolut notwendige Menge zur Verfügung gestellt.

Abg. Dittmann (Unabh. Soz.) wünschte Auskunft über Verwendung reklamierter Heeresdienstpflichtiger aus den sogenannten höheren Gesellschaftsklassen im Stahlwerk Becker, Aktiengesellschaft, Willich bei Crefeld.

Generalmajor Marquard: Ermittelungen sind angestellt worden, gegebenenfalls wird Abhilfe erfolgen.

Das Haus setzte hierauf die Besprechung der Interpellation über die Agitation zugunsten der Vaterlandspartei fort.

Abg. Dittmann (Unabh. Soz.): Unsere Haltung in dieser Frage hat sich durch nichts geändert. — (Der Reichskanzler erscheint im Saal.) — In den Augen des Auslandes trägt die gestrige Rede des Reichskanzlers den Stempel der Feigheit. (Redner erhält einen Ordnungsruf.) Zweifellos wird das Vertrauen zur Aufrichtigkeit der Politik des Reichskanzlers durch diese Rede nicht gesteigert. Man predigt den Verständigungsfrieden, tritt aber für den Eroberungsfrieden ein. (Redner erhält den zweiten Ordnungsruf.) Diese Propaganda wird von den oberen Kommandostellen betrieben. Soweit Deutschland die Schuld an dem Kriege trägt, liegt sie bei den Alldeutschen.

Präsident Dr. Kaempf: Ich kann nicht zulassen, daß Sie im Reichstage davon sprechen, daß die Schuld an dem Kriege auf deutscher Seite liegt.

Abg. Dittmann: Will man die Alldeutschen bekämpfen, so muß man auch die Regierung bekämpfen, die sie beherrschen. Stimmen Sie deshalb für unseren Mißtrauensantrag.

Präsident Dr. Kaempf rief den Redner nachträglich noch zweimal zur Ordnung.

Reichskanzler Dr. Michaelis

Vom Abgeordneten Dittmann sind heute die Fragen, die am Sonnabend und gestern hier im Ausschuß erörtert worden sind, von neuem angeschnitten worden. Ich will dem Abg. Dittmann bloß zweierlei entgegenhalten, einmal, daß er der letzte ist, dem ich das Recht zugestehe, über Agitation in Heer und Marine zu sprechen. (Sehr wahr! rechts.) Der Herr Staatssekretär des Reichsmirineamtes wird nachher auf die Anfragen, die der Abg. Dittmann an ihn gerichtet hat, Mitteilungen machen, die die volle Begründung dieses meines Wortes erbringen sollen. Der Abg. Dittmann hat mir das Wort entgegengehalten, daß ich mit voller Objektivität allen Parteien und Richtungen gegenüberstehen wolle, er hat aber den Zusatz vergessen, den ich dabei aussprach. Aber ich habe gesagt: allen politischen Parteien und Richtungen, soferr sie ein nicht den Bestand des Deutschen Reiches und Staates gefährdendes Ziel verfolgen. Die Partei der unabhängigen Sozialdemokraten steht für mich jenseits dieser Linie. (Lebhafter Beifall rechts, große Unruhe und Zurufe bei den unabh. Soz., Glocke des Präsidenten. Zuruf: jetzt wissen wir, wer Sie sind.)

Ich komme auf die gestrigen Verhandlungen zurück. In der Interpellation des Reichstages war die Anfrage an die Reichsregierung gerichtet, ob ihr bekannt sei, daß im Heere Agitation zugunsten der vaterländischen Partei getrieben werde. Und die Frage ist mündlich darauf aus-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191710101-10/fragment/page=0001

gedenkt worden, ob es bekannt sei, daß von Beamten in unzulässiger Weise für die Vaterlandspartei Propaganda getrieben wird. Was zunächst die Frage, ob im Heere Propaganda betrieben worden sei, anlangt, so ist gestern in weitem Umfange vom Herrn Kriegsminister und mir auseinandergesetzt worden, in welcher Weise im Heere Aufklärungsarbeit getrieben wird. Daß die Aufklärung für die Soldaten unbedingt erforderlich ist, daß eine geistige, eine sittliche Fürsorge für die Soldaten im Felde ein dringendes Bedürfnis ist, das unterschreiben alle, die die Verhältnisse draußen kennen. Das erkennen die Soldaten selbst am dankbarsten an, aber auch die Herren Abgeordneten, die die Soldaten draußen besucht haben, haben sich von den segensreichen Einrichtungen überzeugen können und einen vollen Eindruck davon gewonnen. (Sehr richtig!) Die ganze Aufklärungsarbeit ist einheitlich organisiert. Es sind uns gestern von dem Herrn Kriegsminister die Leitsätze mitgeteilt worden, die für diese Aufklärungsarbeit im Heere gelten. Diese Leitsätze haben bei der Mehrzahl der Mitglieder des Ausschusses die volle Überzeugung geschaffen, daß das, was geplant und was geschehen ist, durchaus segensreich ist, und sich in dem Rahmen hält, der für derartige einheitliche Organisationen im Heere bestehen muß. Es ist uns gestern das Wichtigste mitgeteilt worden; ich will darauf heute erneut zurückkommen und nehme Veranlassung, aus diesen Leitsätzen das Wesentlichste mitzuteilen.

Die wesentlichsten Gebiete der Aufklärung sind, nach den Plänen der Obersten Heeresleitung, die Ursachen des Krieges, die wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands. (Der Reichskanzler liest die weiteren Themata der Aufklärung vor.) Die Ziele der Aufklärung sollen erreicht werden durch Vorträge, Unterhaltungsabende, Theateraufführungen. Es sind Kinos eingerichtet, Feldpredigten, Feldbüchereien und Feldbuchhandlungen. Diese ganze Organisation ist hinausgetragen bis nach Mazedonien.

Durch Soldatenheime ist sie gefördert worden, in denen die Feldgrauen draußen einen gewissen Ersatz bekommen sollen für die Heimat, eine Hilfe, die, wie von jedem draußen anerkannt wird, zu vollem Segen gereicht. Sie danken es der Obersten Heeresleitung, sie danken es allen, die hier im Innern mitarbeiten, und die ganze Organisation und ihre Arbeit bleibt ein Bindeglied zwischen dem Felde und der Heimat. (Sehr richtig!) Es ist ausdrücklich gesagt und das ist auch durch die Ordres der Obersten Heeresleitung noch ganz besonders scharf betont worden, daß daß diese ganze Einrichtung mit politischen Fragen nicht in Verbindung gebracht werden soll. Es handelt sich um vaterländischen Unterricht, wie wir ihn auch im Frieden bei den Truppen pflegten zur Förderung der Vaterlandsliebe und zur Anerziehung selbstloser Hingabe. Der Kriegsminister hat ohne weiteres zugegeben, daß bei der Aufklärungsarbeit, die hinausgeht an Millionen von Soldaten, die getrieben wird von den verschiedensten Leuten, die doch selbstverständlich für diese Zwecke nicht alle einheitlich vorgebildet sind, selbstverständlich gegen die Tendenz, die der Feldmarschall will, daß Politik nicht hineingetragen werden soll, verstoßen wird. Daß solche Verstöße vorkommen, daß sie auch in größerer Zahl vorkommen, wird zugegeben, der Kriegsminister hat aber ausdrücklich erklärt, daß da, wo in unzulässiger Weise Politik hineingetragen wird, Remedur geschaffen wird. Es wird darüber gewacht werden, daß der vaterländische Unterricht nicht zum Mittel politischer Propaganda gemacht wird. Die vorgekommenen Übergriffe werden geprüft, und insbesondere wird nicht geduldet werden, daß Abgeordnete wegen ihrer Stellungnahme zu den Kriegszielen herabgesetzt oder beleidigt werden.

Was die Beamten betrifft, über die auch Klage geführt worden ist, daß sie in unzulässiger Weise für die Vaterlandspartei Propaganda getrieben haben, so habe ich bereits im allgemeinen meinen Standpunkt auseinandergesetzt. Die Beamten haben das Recht der politischen Gesinnungsfreiheit. Sie können jeder Partei beitreten unter der Voraussetzung, die ich vorhin unterstrichen habe, daß sie keine Bestrebungen verfolgen, die den Bestand des Deutschen Reiches und den Preußens gefährden. Irgendwelchen Mißbrauch in der Richtung, daß Vorgesetzte nachgeordnete Beamte veranlassen, Anschluß an bestimmte Parteien zu suchen, ist unbedingt unzulässig, und ich wünsche durchaus nicht, daß ein Druck gegen Beamte seitens ihrer Vorgesetzten nach irgend welcher politischen Seite hin erfolgt. Diese Bestimmungen gelten für alle Parteien. Meine Herren, wenn wir diese Ziele innehalten, dann werden wir selbstverständlich auf einen gangbaren Weg des gegenseitigen Zusammenwirkens kommen. Wir würden sehr viel weiter kommen, wenn auch diejenigen, welche die

Friedenskundgebung vom 19. Juli

bekämpfen, und welche von ihr behaupten, daß ihre Anhänger einen Hungerfrieden wollen, dieser Resolution gerechter würden. (Sehr richtig!) Wir müssen die Ziele, die in dieser Kundgebung liegen, in ihrem positiven Sinne, nach ihrer kraftvollen Seite herausarbeiten. Wir müssen uns klarmachen, was damit gewollt ist. Wir müssen unterstreichen, was dort gesagt ist, das deutsche Volk wird wie ein Mann zusammenstehen, unerschütterlich, ausharren und kämpfen, bis sein und seiner Verbündeten Recht auf Leben und Entwicklung gesichert ist, in seiner Einigkeit ist das Deutsche Reich unüberwindlich. Ich habe mit Zustimmung des Reichstages an demselben Tage die Ziele nach der Richtung umschrieben, daß ich sagte, weiter ausharren, bis erreicht ist, daß das Deutsche Reich auf dem Kontinent und über See seine Geltung behält. Wir müssen ferner danach streben, daß der Waffenbund unserer Gegner nicht zu einem wirtschaftlichen Trutzbund sich auswächst. Meine Herren, wir können in diesem Sinne einen Frieden durchsetzen, der dem Bauern den Lohn seiner Scholle gewährleistet, der dem Arbeiter Lohn und Verdienst gibt, und der der Industrie Absatz verschafft und die Grundlagen sozialen Aufschwunges gibt, der unsern Schiffen die Möglichkeit gibt, auf freier Fahrt anzulegen und Kohlen zu nehmen in aller Welt, einen Frieden weitester wirtschaftlicher und kultureller Entwicklung, einen wirklichen Frieden, den können wir erreichen in diesem Rahmen. (Beifall.) Solange uns die Gegner mit Forderungen gegenübertreten, die jedem einzelnen Deutschen als unannehmbar erscheinen, solange unsere Gegner an den schwarzweißroten Pfählen rütteln wollen, solange sie fordern, daß wir von deutschem Lande etwas geben sollen, solange sie den Gedanken verfolgen, zwischen dem deutschen Volke und seinem Kaiser einen Keil zu treiben, solange werden wir unsere Friedenshand zurückhalten, mit verschränkten Armen. Wir warten ab, wir können warten, die Zeit läuft für uns. (Beifall.) Bis unsere Feinde einsehen, daß sie diese ihre Forderungen zurückstellen müssen, solange müssen die Kanonen ihre Arbeit tun und die U-Boote. Unser Friede wird doch kommen. (Beifall.)

Staatssekretär des Reichsmarineamts v. Capelle: Es ist leider eine traurige Tatsache, daß die russische Revolution auch einigen wenigen Leuten an Bord unserer Flotte die Köpfe verwirrt und revolutionäre Ideen bei ihnen großgezogen hat. Die wahnwitzigen Pläne dieser wenigen Leute gingen dahin, auf allen Schiffen Vertrauensmänner zu werben, um die ganzen Mannschaften der Flotte zur Gehorsamverweigerung zu bringen. (Hört, hört! rechts), um auf diese Weise, eventuell unter Anwendung von Gewalt, die Flotte lahmzulegen und den Frieden zu erzwingen. (Stürmische Pfuirufe rechts). Es ist eine Tatsache, daß diese Leute Beziehungen mit der Unabhängigen sozialdemokratischen Partei gehabt haben. (Erneute Pfuirufe rechts, lebhafter Widerspruch und Rufe: Unerhört! auf der äußersten Linken. Der Staatssekretär fährt mit erhobener Stimme fort): Es steht aktenmäßig fest, daß der Hauptagitator hier im Reichstage im Fraktionszimmer der Unabhängigen sozialdemokratischen Partei den Abgeordneten Dittmann, Haase und Vogtherr seine Pläne vorgetragen und Billigung gefunden hat. (Stürmische Pfuirufe rechts, Sturm auf der äußersten Linken: Rufe: Aufgelegter Schwindel! Unglaublich!) Die Abgeordneten haben auf das Gefährliche dieses Agitationsmaterial zur Aufreizung der Flotte zugesagt, aber ihre volle Unterstützung durch die Übermittlung von Agitationsmaterial zur Aufreizung der Flotte zugesagt. (Wiederholte Pfuirufe rechts.) Dieser Situation gegenüber war es meine erste Pflicht, das Eindringen des versprochenen Agitationsmaterials möglichst unmöglich zu machen. Ich habe daher die zuständigen Kommandobehörden ersucht, die Verbreitung dieses Materials mit allen Mitteln zu verhindern. (Lebhafter Beifall). Über die weiteren Vorgänge auf der Flotte kann ich mich hier nicht auslassen; einige wenige Ehr- und Pflichtvergessene haben sich schwer vergangen und sind der verdienten Strafe zugeführt worden. Trotzdem will ich hier von der offenen Tribüne aus sagen, daß die umlaufenden Gerüchte, die auch natürlich mir hinterbracht worden sind, maßlos übertrieben sind. Die Schlagfertigkeit der Flotte ist auch nicht einen Moment in Frage gestellt worden und so soll es auch bleiben. (Lebh. Beif.).

Abg. Dr. David (Soz.): Der außerordentlich schweren Anklage des Staatssekretärs gegen Mitglieder des Hauses gegenüber fällt es mir schwer zu glauben, daß sie in dem von ihm vorgetragenen Sinne begründet ist. Jedenfalls ist da die äußerste Zurückhaltung am Platze und mindestens müssen die Angeklagten gehört werden. Wenn der Abg. Dittmann meine Partei auffordert, jetzt endlich in die Wege der von ihm befolgten Politik einzulenken, so hat unsere Politik bisher das Interesse des Volkes und der Arbeiterschaft ausschließlich wahrgenommen, was man von der Politik der „Unabhängigen" nicht sagen kann. Die nächsten Wahlen werden das beweisen. Politische Bewegungsfreiheit bestreiten wir auch den Alldeutschen nicht, verlangen aber, daß ihnen nicht amtlich Vorschub geleistet wird. Für die unerfreuliche Wirkung der Debatten von Sonabend und heute sind die Alldeutschen und die Vaterlandspartei verantwortlich. Die Vaterlandspartei soll in sämtliche Parteien der Verständigungsmehrheit eindringen und deren Einheit auflösen. Sie ist eine Zersetzungspartei. Die Vaterlandspartei ist eine ausgesprochene Partei der oberen Zehntausend, die Partei derer, die am wenigsten durch die Kriegsverlängerung verlieren. Die Leitsätze über die Aufklärung im Heere enthalten eine ganze Reihe von Stellen, die in das politische Gebiet hineinführen müssen. Es geht nicht, daß man mit solchen Direktiven weiterarbeitet. Unsere Friedensresolution wirkt in den feindlichen Ländern im Sinne der Friedenstreiber bei uns sind Hilfstruppen des feindlichen Auslandes. Wenn das deutsche Volk auch noch das weitere Schwere ertragen soll, dann kann es nur aus der festen Überzeugung heraus geschehen, daß von unserer Seite alles geschehen ist, um einen für alle annehmbaren Frieden zu erreichen. Das Volk kämpft aber auch für innerpolitische Ideale. Die deutsche Arbeiterschaft bedankt sich aber dafür, für das Vaterland, wie es sich die Alldeutschen denken, ihr Blut zu opfern. Wozu die militärische Aufklärung in der Heimat? Dazu sind die politischen Parteien und deren Organisationen da. Die ganze Organisation muß aufgehoben werden. Deutschland soll frei sei von Knechtung von außen, aber auch im Innern. (Beifall bei den Soz.).

Abg. Haase (U. Soz.): Der Matrose, von dem der Staatssekretär v. Capelle sprach, hat zwar mit mir im Fraktionszimmer gesprochen, aber es ist unrichtig, daß er mir einen Komplottplan vorgelegt hat. Das kann der Staatssekretär nicht beweisen. Oft haben mir Matrosen Beschwerden vorgetragen. Der erwähnte Matrose hat bittere Klage geführt und von der starken Unzufriedenheit und Verbitterung gesprochen. Die Matrosen hatten jetzt in großer Zahl auf die unabhängige Presse abonniert, sie wollten auf dem Lande sich geistig fortbilden. Ich habe ihn darauf aufmerksam gemacht, daß das an sich erlaubt sei, ihn aber zur Vorsicht gemahnt. Der Matrose machte den Eindruck eines frischen, geistig regen Mannes, und es hat mich tief erschüttert, daß er wegen seiner Gesinnung den Tod hat leiden müssen. Der Zweck des Staatssekretärs ist jetzt das rote Tuch zu schwenken, einen Block zu bilden.

Abg. Vogtherr (U. Soz.): Auch ich habe mit dem betreffenden Soldaten wiederholt die Verhältnisse seines Schiffes und der Marine im allgemeinen erörtert. Es ist die Pflicht der Abgeordneten, derartige Stimmen anzuhören und den beklagenswerten Leuten zu ihrem Recht zu verhelfen. Der Staatssekretär kann mir nicht eine einzige Schrift zeigen, die auch nur indirekt zum Aufruhr usw. auffordert.

Abg. Dittmann: Auch mich haben hier im Reichstage Matrosen und Soldaten in großer Zahl aufgesucht. Von einem Zusammenhang mit Plänen, wie sie Herr v. Capelle andeutete, ist dabei keine Rede. Ein Matrose wurde verhaftet, weil er einen Brief an den „Vorwärts" richten wollte, ein anderer, weil man bei ihm den Abzug einer Friedenskundgebung fand. Man will eben jeden Friedensgedanken in der Marine ersticken, man will das rote Tuch gegen uns schwenken; von der Erfüllung unserer Pflicht wird man uns dadurch nicht abhalten.

Staatssekretär v. Capelle: Der Abg. Vogtherr sagt, ich hätte es so dargestellt, als ob die Herren von den unabhängigen Sozialdemokratie gewissermaßen die Pläne ausgeheckt hätten und sie den Matrosen imputiert hätten. Davon habe ich nichts gesagt. Ich habe hier einen Auszug aus den Akten, die den vollen Beweis erbringen für das, was ich vorgetragen habe. Einer der Hauptangeschuldigten sagt aus: „Ich habe den Abg. Dittmann aufgesucht und mit ihm über die Sache gesprochen. Dittmann zeigte sich unterrichtet, war erfreut und sagte, wir sollten nur so weiter machen, aber große Vorsicht üben. (Hört, hört! rechts, Lachen links. Großer Lärm). Ich habe auch mit anderen Mitgliedern der Partei gesprochen, ich bin nicht allein bei Dittmann gewesen, sondern es hat eine Art Parteikonferenz stattgefunden, an der Vogtherr, Dittmann und Haase teilgenommen haben, in der ein Plan besprochen wurde. In der Besprechung der Angelegenheit haben sich die Abgeordneten dahin ausgesprochen, daß ich dabei eine verbotene und strafbare Handlung beginge und geraten, mich sehr vorzusehen, sie würden mich aber in jeder Weise durch Broschüren und sonstige Lektüren unterstützen". (Ahal rechts. Erneuter großer Lärm.) Ein anderer Angeklagter erklärt: „Ich habe nicht nur mit dem Abg. Dittmann in dessen Bureau, sondern auch mit anderen von der sozialdemokratischen unabhängigen Partei im Reichstag, mit Haase, Vogtherr und Dittmann zusammen, gesprochen. Was dabei verhandelt ist, will ich mir noch überlegen, ich bitte mich am Nachmittag nochmals vorzuführen." Am Nachmittage erklärte er dann: „Soweit sich diese Aussagen auf mich beziehen, sind sie richtig, das soll heißen, ich habe die Sache nicht nur so erzählt, sondern es hat sich auch so zugetragen. (Ruf rechts: Hören Sie Herr Haase! Lebhafte Rufe links: Unerhört! Große Unruhe. Der Abg. Ledebour ruft wiederholt heftig gestikulierend: Unerhört, unerhört!).

Abg. Lemborn (Ztr.): Ich habe mit Freude festzustellen, daß der Reichskanzler sich heute klipp und klar zu der Reichstagsresolution vom 19. Juli bekannt hat. Wir erwarten mit aller Bestimmtheit, daß, wenn die drei Abgeordneten sich gegen die Gesetze vergangen haben sollten, mit aller Strenge gegen sie vorgegangen werden wird.

Abg. Kreth (Kons.) verlangte gleichfalls Aufhebung der Immunität der drei Abgeordneten und Einleitung des Strafverfahrens.

Abg. Ebert (Soz.): Die Anklagen sind ungerechtfertigt. Daß die Regierung hier einen Teil des Volkes außerhalb des Rechtes zu stellen versucht, ist ein Rückfall in die Ausnahmegesetzgebung. Eine solche Regierung werden wir mit allen Kräften bekämpfen.

Abg. Stresemann (Natl.): Wenn die Anschuldigungen des Staatssekretärs zutreffen, so bietet das Gesetz die Möglichkeit vorzugehen.

Abg. Naumann (Fortschr. Vpt.): Es ist kläglich, daß die Regierung aus diesem Falle eine Waffe im politischen Kampfe zu schmieden versucht. Der Reichsanwalt hat an den Reichstag keine Forderungen gestellt, also wird in seinen Akten nichts sein, was in den Ausführungen des Staatssekretärs als vorhanden vorausgesetzt ist. Die Politik der „Unabhängigen" gefällt uns wahrhaftig nicht, aber wir sind jetzt genötigt, für diese Partei einzutreten. Eine ganze Partei kann man seit dem 4. August 1914 nicht außerhalb unseres Volksverbandes stellen, wie es der Reichskanzler tat. Höchst beklagenswert ist, daß Großadmiral v. Tirpitz diesen Weg der Vaterlandspartei gegangen ist. Daß die Resolution der Reichstagsmehrheit nicht ohne Einfluß geblieben ist, beweisen die Beschlüsse der Arbeiterschaft in England und Italien.

Reichskanzler Dr. Michaelis

Der Herr Abg. Dittmann hat gesagt, daß über Marineleute Zuchthausstrafen von über 200 Jahren und auch Todesstrafen verhängt worden seien. Wenn seiner Darstellung zu entnehmen gewesen wäre, daß das übertriebene und ungerechte Strafen wären, dann wäre die Empörung berechtigt gewesen, die von einzelnen Mitgliedern des Hauses laut wurde. Nun wußte ich, daß das Bedauerliche gewesen war, daß die schwersten Verbrechen von einigen unserer Marineleute begangen waren, und ich wußte, daß diese Leute Zettel hatten, auf denen sie sich verpflichteten, die Grundsätze der unabhängigen sozialdemokratischen Partei anzuerkennen und daß mit diesen Zetteln eine umfangreiche Agitation auf den deutschen Kriegsschiffen getrieben wurde. Nun sagte der Abg. Dittmann mir gegenüber, ich hätte gesagt, ich wollte in völliger Objektivität allen Parteien gegenüberstehen, nach der Richtung, daß jeder Beamte für eine Partei ebenso ungehindert eintreten könne wie für eine andere. Da habe ich ihm entgegengehalten, daß, wenn er sich auf diese meine Worte, welche sich auf die Objektivität beziehen, berufe, er hinzusetzen müßte, was ich gesagt habe, daß eine Partei dann aber eine solche sein müßte, deren Agitation ich mit dem Bestehen des Reichs und Preußens für verträglich halte, und in diesem Sinne habe ich gesagt, stände die unabhängige sozialdemokratische Partei außerhalb der Linie. Habe ich etwa mit diesen Worten gesagt, die unabhängige sozialdemokratische Partei sollte außerhalb des Rechtes gestellt werden? Wer hat das von Ihnen gehört? (Große Unruhe bei den Soz.. Lebhafte Zwischenrufe.) Das ist doch ein gewaltiger Unterschied. (Erneute Zwischenrufe b. d. Soz. Zuruf d. Abg. Ledebour: Sie wissen nicht einmal, was Sie sagen!) Es ist ein gewaltiger Unterschied, ob ich behaupte, eine Behörde, die dafür verantwortlich ist, daß unsere Truppe leistungsfähig bleibt, daß unsere Marine nicht in ihren einzelnen Gliedern den Plan faßt, die Marine durch Gehorsamsverweigerung unfähig zu machen, muß von der Agitation der unabhängigen Sozialdemokratie frei bleiben, oder ob ich sage, diese Partei müßte unter ein anderes Gesetz gestellt werden. Das Erstere zu vertreten, ist mein Recht und meine Pflicht, die Ordnung in dem Sinne aufrecht erhalten zu helfen, wie die Heeres- und Marineleitung es tun muß, und wie es in dieser Zeit ganz besonders erforderlich ist. Es ist meine Pflicht, und die habe ich getan, und kann selbstverständlich nicht zugeben, daß das irgendwie ein Eingehen wäre auf eine Ausnahme-Gesetzgebung. Von einer Ausnahme-Gesetzgebung habe ich nicht gesprochen, sondern ich habe nur gesagt, ich müsse mich dagegen wehren, daß in unsere Marine Flugblätter hineinkommen, die mit schuld daran sind, daß diese bedauerlichen Zustände in unserer Marine aufgetreten sind. Schwer müssen diese Strafen sein, denn es handelt sich um die Grundlage militärischer Ordnung. Der Widerstand mußte gebrochen werden, Daß es geschehen mußte, haben wir aufrichtig und von ganzem Herzen bedauert. Die Schuldigen sind in falscher

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191710101-10/fragment/page=0002

welle beraten worden, in einer Weise, die mit dienstlicher Treue und Gehorsam unvereinbar sind.

Abg. Mertin (Dtsch. Frkt.): Allein ein strafrechtliches Verfahren kann Klarheit schaffen. Die angeschuldigten Abgeordneten halten den Schutz der Immunität doch wohl für das sicherste. (Lärm links. Abg. Haase ruft: Sie sind ein Schurke. Der Präsident rief den Abg. Haase zur Ordnung.)

Abg. Haase (Unabh. Soz.): Das Material des Staatssekretärs hat nichts gegen Dittmann, Vogtherr oder mich vorgebracht. Etwa verteilte Flugblätter haben die Zensur passiert. Ein schweres Unrecht gegen die Angeklagten war es, daß wir nicht als Zeugen geladen worden sind.

Reichskanzler Dr. Michaelis:

Meine Herren, die beiden Männer, von denen gesprochen worden ist, sind verurteilt worden von einem Gerichtshof, der selbständig zu entscheiden hat nach den Gesetzen des Kriegsrechts, der eine wegen militärischen Aufruhrs im Felde, der andere wegen vollendeten Kriegsverrats. Die Bestimmung darüber, wer in solchem Verfahren als Zeuge vernommen wird, das unterliegt nicht irgend welcher Entscheidung des Reichskanzlers, auch nicht der des Staatssekretärs des Reichsmarineamts. Das Gericht hat nach eigener Überzeugung zu bestimmen, wer vernommen werden soll. (Große Unruhe bei den unabhängigen Sozialdemokraten. Glocke des Präsidenten.) Ich muß ferner gegen die Behauptung des Herrn Haase Einspruch erheben, es wäre über den Verkehr zwischen ihm und den Betreffenden weiter nichts erwiesen worden, was irgendwie einen Schatten von Schuld auf ihn und seine Partei werfen könne. Der Herr Staatssekretär v. Capelle hat die Auszüge verlesen, aus denen hervorgeht, daß der Mann zu der Zeit, als er hierher kam, als Rädelsführer in eine Agitation verwickelt war, die auf Gehorsamsverweigerung abzielte. (Zuruf des Abg. Stadthagen: Das ist nicht wahr! Großer Lärm bei den unabhängigen Sozialdemokraten.) Das hat der Mann selbst zugestanden. Er ist dann mit dieser Schuld in seinem Herzen hierhergereist und hat sich hier weiteres Agitationsmaterial für die Schiffe besorgt. (Großer Lärm und Unruhe links und Pfuirufe. Präsident Dr. Kaempf: Der Herr Reichskanzler hat das Wort! Zurufe Ledebour: Der Angeklagte hat das Wort!) Nach eigenen Mitteilungen der Herren, die heute gesprochen haben, ist ihm Agitationsmaterial von Mitgliedern der unabhängigen sozialdemokratischen Partei übergeben worden. (Große Unruhe und Pfuirufe.) Lediglich dieser Zusammenhang ist vorhin vom Herrn Staatssekretär v. Capelle als vorliegend bezeichnet worden.

Abg. Dittmann (Unabh. Soz.): Ich hatte keinen Anlaß, das Material, das ich in hunderten von Fällen an Soldaten, Matrosen und Zivilpersonen abgegeben habe, zu verweigern. Vor Vorsicht mahnte ich, weil nicht alle Stellen sich das Kaiserwort zu eigen gemacht haben.

Abg. Graf Westarp (Kons.): Der Reichstag wäre geneigt, die Immunität in diesem Falle aufzuheben. Die Verurteilten haben Landesverrat geübt.

Damit schloß die Aussprache.

Der Antrag der Unabhängigen Sozialdemokraten, wonach die Regierungserklärung als nicht genügend erachtet werden soll, wurde gegen die Stimmen der beiden sozialdemokratischen Fraktionen abgelehnt.

Es folgte der Bericht des Hauptausschusses über die auswärtige Politik.

Abg. Fehrenbach (Ztr.): Dem Papst schuldet die ganze Welt für seine Note Dank. Das deutsche Volk schließt sich dem ohne Unterschied der Konfession an. Elsaß-Lothringen ist unbdleibt deutsches Land. Gegen die Räumung Belgiens darf nichts eingewendet werden. Vorbedingung für die Räumung der besetzten Gebiete durch die Mittelmächte ist die Räumung der von der Entente besetzten Gebiete, auch der Kolonien, und die Beseitigung jeder Vorherrschaft auf der See. Eine weitere Friedenskundgebung des Reichstages, ein weiteres Friedensangebot der Reichsregierung erfolgt nicht. Wir können durchhalten im Felde und im Hinterlande. Ein einiges Deutschland kann nicht besiegt werden. Der Kaiser hat dem Zaren geraten, dem russischen Volk das Recht zu geben, mitzusprechen über Krieg und Frieden. So muß er es auch dem eigenen Volke zubilligen.

Staatssekretär des Auswärtigen Amts Frhr. v. Kühlmann:

Unsere Beziehungen zu der Republik Peru haben sich zugespitzt. Der Abbruch der diplomatischen Beziehungen ist nurmehr eine Frage kurzer Zeit. Die peruanische Regierung hat in abrupter Form von uns verlangt, den Fall des vor wenigen Monaten wegen Beförderung von Kontrebande gemäß den Regeln der Seekriegsführung unter Rettung aller Menschenleben versenkten peruanischen Segelschiffes Lorton dem Prisengericht zu entziehen und sofortige Genugtuung und Schadenersatz zu gewähren. Das ist völkerrechtlich unzulässig. Im Krieg zwischen Peru und Chile hat Deutschland den Fall des deutschen Dampfers Luxor ohne Widerspruch dem peruanischen Prisengericht überlassen. Ein Nachgeben Deutschlands gegenüber der peruanischen Forderung in ihrer ungewöhnlichen Form wäre vollkommen untunlich, da es die Grundlagen unserer gesamten Prisengerichtsbarkeit untergraben würde. Wir haben die peruanische Note höflich beantwortet. Daraufhin hat die peruanische Regierung die in den dortigen Häfen liegenden deutschen Schiffe beschlagnahmt. Die deutschen Interessen in Peru werden durch die spanische Regierung vertreten werden.

Die Republik Uruguay hat den Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu uns beschlossen. Der Präsident hebt in seiner Botschaft an den Kongreß hervor, daß er zwar von Deutschland nicht unmittelbar beleidigt worden sei, daß es ihm aber notwendig erscheine, sich aus Gerechtigkeit und Sympathie mit den kleinen Völkern in Übereinstimmung zu setzen. (Heiterkeit.)

Die Frage der Schließung eines Kohlen- und Kreditabkommens mit Holland ist soweit gefördert worden, daß nur noch wenige Formalien nötig sind, um die endgültige Vollziehung zu ermöglichen. (Beifall.)

Unser Bemühen, einen

Gedankenaustausch mit feindlichen Staatsmännern

herbeizuführen, hat, wie ich mit Bedauern feststellen muß, mit Beantwortung der Papstnote auch nicht einen Schritt vorwärts gemacht. (Hört! Hört!) Ob unsere Gegner die Papstnote überhaupt noch beantworten werden, ist im Augenblick noch nicht mit Sicherheit abzusehen. Das Eine läßt sich aber schon jetzt sagen: Was an Kundgebungen mehr oder weniger verantwortlicher feindlicher Staatsmänner vorliegt, was wir täglich in der feindlichen Presse lesen, eröffnet nicht gerade günstige Aussichten dafür, daß durch die Beantwortung der päpstlichen Note die hochherzige Anregung Seiner Heiligkeit irgendwie gefördert werden würde. (Hört! Hört!) Trotzdem noch in den letzten Tagen mein verehrter politischer Freund Graf Czernin in Budapest in seiner großen Programmrede nicht nur aufs neue die Bereitwilligkeit der Mittelmächte zu einem ehrenvollen Frieden betont und in großzügiger, weit über den Weg hinausreichender Weise auf die Grundlagen hingewiesen hat, auf denen ein neues Europa aufgebaut werden könnte, sind wir dem Frieden nicht näher gekommen. In London hat jüngst der ehemalige Marineminister Churchill, der Führer der genialen Expedition nach Antwerpen (Heiterkeit), gesagt, England rechne mit dem inneren Zusammenbruch Deutschlands. Die Wand, die Deutschland von dem endgültigen Zusammenbruch trenne, sei nur dünn. Churchill sagte in dieser Rede auch, ein Staatsmann, der aus den Erfahrungen nicht lerne, sei nicht nur dumm, sondern ein Verbrecher (Zustimmung.) Ich will nicht so hart urteilen (Heiterkeit), immerhin sollte Churchill im Hinblick auf seine zweite geniale Expedition, die auf Konstantinopel zielte und auf Galipoli unter den Bajonetten unserer tapferen türkischen Bundesgenossen ein wenig rühmliches Ende fand, gelernt haben, daß selbst eine dünne Mauer erträumten Sieg in Niederlage verwandeln kann, wenn diese Mauer aus Männern besteht (Sehr gut! Beifall.) Zwischen dem Rattenloch in der Nordsee, das auf englisch Hornsriff heißt, und dem Isonzo steht der gewaltige und unerschütterliche Wall der deutschen Völker. Wenn Churchill auf dessen Zusammenbruch wartet, kann er sich in Geduld fassen. Die Rede Asquiths sollte eine Lehre für die sein, die aus der von Asquith im Parlament in Form einer Zwischenfrage vorgetragenen Frage nach Deutschlands Absicht in Belgien, hoffnungsvolle Schlüsse auf den Friedenswillen dieses Parlamentariers glaubten ziehen zu können.

In seiner letzten Rede hat Asquith die französische Forderung nach der

Rückgabe Elsaß-Lothringens

als vollkommen gleichwertig gestellt, neben die Forderung einer Wiederherstellung Belgiens (Hört, hört!) und damit die Dinge so charakterisiert, wie sie sich für mich nach sehr eingehendem Studium der Gesamtlage, nach Nachrichten aus den verschiedensten Quellen aus den neutralen Ländern und aus dem Lager der Feinde mit vollkommen überzeugender Deutlichkeit immer klarer darstellen; die Frage, um die die Völker Europas kämpfen und um die sie ihr Blut vergießen, ist nicht in erster Linie die belgische Frage, es ist die Zukunft Elsaß-Lothringens. (Zustimmung.) England hat sich nach zuverlässigen Nachrichten Frankreich gegenüber diplomatisch verpflichtet, solange für die Rückgabe Elsaß-Lothringens politisch und mit Waffen einzutreten, als Frankreich selbst an dieser Forderung festhält. So ist die wirkliche Lage, und es scheint mir angebracht, auch die Stellung Deutschlands zu dieser Lage ruhig, klar, aber auch fest zu umschreiben, da merkwürdigerweise nicht nur bei unseren Feinden, sondern manchmal sogar bei neutralen Freunden Zweifel an unserer Stellungnahme in dieser Grundfrage laut werden. Auf die Frage: Kann Deutschland in Bezug auf Elsaß-Lothringen Frankreich irgend welche Zugeständnisse machen? Haben wir nur eine Antwort: Nein, nein, niemals. (Stürmische Beifallskundgebungen.) Solange eine deutsche Faust eine Flinte halten kann, kann die Unversehrtheit des Reichsgebietes, wie wir es als glorreiches Erbe von unsern Vätern überkommen haben, nicht Gegenstand von irgend welchen Verhandlungen oder Zugeständnissen sein. Elsaß-Lothringen ist Deutschlands Schild, das Symbol der deutschen Einheit. (Lebhafte Zustimmung.) Dafür, bin ich sicher, treten alle ein, von links bis rechts (Beifall.) Ich gehöre nicht zu denen, die glauben, daß ein offenes Aussprechen einer solchen Tatsache dem Aufkommen eines aufrichtigen Friedenswillens in der Welt schädlich sein könnte. Ich glaube, daß ein solcher aufrichtiger Friedenswille nur auf dem Boden der vollkommensten Klarheit gedeihen und fruchtbar werden kann. Deswegen halte ich es für notwendig, gegenüber den anderen Fragen, die in unserer Zeit in der Öffentlichkeit einen so breiten Raum eingenommen haben, mit aller Schärfe und Deutlichkeit dem Inlande und noch mehr dem Auslande gegenüber voll zu unterstreichen: wofür wir fechten und fechten werden bis zum letzten Blutstropfen, sind nicht phantastische Eroberungen, es ist die Unversehrtheit des Deutschen Reiches. (Beifall.)

In Frankreich haben Staatsmänner, als es ihnen geraten schien, die von Rußland ausgehende Formel „ohne Annexionen" anzunehmen, den durchsichtigen Kunstkniff gebraucht, das, was in Wirklichkeit eine nackte gewaltsame Eroberung ist, mit dem Worte „Desannexion" schämig zu umkleiden. Der Kunstgriff ist zu plump, um einer Widerlegung wert zu sein. Man muß aber die Väter des Gedankens darauf aufmerksam machen, daß, nirgends geschrieben steht, welches Jahr der Weltgeschichte als Normaljahr „ne varietur" betrachtet werden soll. Wenn wir Deutschen uns das Wort „Desannexion" zu eigen machen wollten, so fallen uns schöne Worte wie Tonl und Verdun ein. Die Richtigstellung verlangt auch eine Ansicht, die in der Presse unserer Gegner immer wiederkehrt, daß die politische Haltung Deutschlands sich schärfer abzeichnen würde, sobald die militärischen Ergebnisse der großen Herbstschlachten abgeschlossen vorliegen. Es ist eine vollkommen irrtümliche Auffassung der deutschen Politik, zu glauben, daß wir je nach dem Ausfall einzelner militärischer Unternehmungen teurer oder billiger hielen, nachgiebiger oder hartnäckiger sind. Das ist vollkommen falsch. Die wesentlichen Grundzüge unseres Verhaltens sind von allen maßgebenden Faktoren nach sorgfältiger Beratung festgelegt. Außer dem französischen Wunsche nach Elsaß-Lothringen gibt es kein absolutes Hindernis für den Frieden, keine Frage, die nicht durch Beratung gelöst werden könnte, daß ich die Aufwendung so vielen Blutes und so ungeheurer Mittel vor den Völkern und der Geschichte rechtfertigen ließe. Ein weiterer Grundfehler der Anschauungen unserer Gegner, der auch im Inlande manchmal hervortrat, ist, als ließe sich noch im heutigen Stadium des ungeheuren Kampfes durch öffentliche Erklärungen von der Rednertribüne noch viel Wesentliches zur Förderung eines friedlichen Ausgleiches tun. Den öffentlichen Erklärungen haftet naturgemäß der für einen derartigen Zweck schwere Mangel an, daß sie ihrer Natur nach verhältnismäßig einfach sein müssen. Gerade dadurch, daß alle schwebenden Fragen miteinander verknüpft sind, sich gegenseitig bedingen, daß ihnen gegenseitige Abhängigkeit innewohnt, kann die öffentliche Erklärung den Anforderungen des Augenblickes nur in beschränktem Maße gerecht würden. Dann hat auch die öffentliche Erklärung, die Diskussion derartiger Fragen im Parlamente den Mangel, daß der verantwortliche feindliche Widerpart fehlt. Die öffentliche Erklärung bindet allein einseitig den, der sie abgibt, läßt aber dem Gegner vollkommene Bewegungsfreiheit. Wir dürfen einen wesentlichen Punkt nicht vergessen, welchen unsere Gegner mit großer taktischer Kunst verschleiert haben. Sie haben noch nicht einmal ihre Friedensliebe in einer Weise kundgegeben, die auch nur annähernd den bestehenden Tatsachen entspricht. (Sehr richtig!) Was sie der Welt mitgeteilt haben, ist ein vollkommen utopistisches Maximal- und Eroberungsprogramm, das nur durchgeführt werden kann nach der vollständigen Niederringung Deutschlands und aller seiner Verbündeten. Ihnen auf diesem Wege zu folgen, haben wir keine Veranlassung. (Sehr gut!) Die deutsche Regierung hat das bisher abgelehnt und wird es ablehnen. Unsere Politik ist real und nüchtern und rechnet mit den Tatsachen, wie sie sind. Stellen sich unsere Gegner so, als könnten sie über das, was die Reichsleitung, was das deutsche Volk will und beabsichtigt, keine Klarheit bekommen, so ist das Heuchelei. (Sehr richtig!) Unsere Antwort auf die Note des Heiligen Stuhles und die darüber im Parlament, wie ich heute wieder hervorheben möchte, in breiter Übereinstimmung mit Ihnen gegebene Erklärung, können niemanden der hören und verstehen will, über die wesentlichen Grundlagen des deutschen politischen Friedensprogramms einen Zweifel lassen. (Sehr richtig!) Dies durfte ich in meinen, im Hauptausschuß vorgetragenen Bemerkungen betonen, und das erneut und immer stärker zu betonen, möge mir erlaubt sein: Die auswärtige Politik kann nur erfolgreich sein, wenn sie von der Zustimmung der breiten Menge des deutschen Volkes getragen ist, (Lebhafte Zustimmung), wenn sie den Willen des Volkes in seiner wesentlichen Gesamtheit vertritt und verkörpert. (Beifall.) Um deswillen darf der zur Vertretung der auswärtigen Politik Berufene immer wieder ins Gedächtnis bringen, daß, so hoch die Wogen der innerpolitischen Meinungsverschiedenheiten auch gehen mögen, jetzt in dieser ernsten und schicksalsschweren Zeit jeder Einzelne mitberufen ist, unserer auswärtigen Politik diejenige Wucht und Entschlossenheit zu verleihen, die sie braucht, um durch Ringen und Ausharren zu erreichen: Sieg und Frieden! (Stürmischer, anhaltender Beifall.)

Abg. Dr. Gradnauer (Soz.): England ist nicht zum Frieden bereit. Davon hängt alles ab. Die Feinde wollen Österreichs Auflösung. Das müßte Rückschläge auf Deutschland ausüben. Lehnen die Feinde unsere Angebote ab, so bleibt nichts anderes übrig, als auszuharren. Rußland ist ganz in Englands Hand. Der weiteren Tätigkeit des Herrn von Kühlmann sehen wir voller Hoffnung entgegen. Kurland, Livland, Polen müssen Herren im eigenen Hause sein, aber nur nach Verständigung mit Rußland. Aus diesem Kriege muß ein neues Europa herauskommen.

Die Weiterberatung wurde auf Mittwoch 10 Uhr vertagt. (Außerdem Rest der heutigen Tagesordnung, Vereinfachung der Rechtspflege, soziale Fragen.)

Schluß nach 7 Uhr.

Neuordnung der Uebergangswirtschaft

Man schreibt uns:

Durch Bundesratsverordnung vom August v. Js. wurde ein Reichskommissariat für Uebergangswirtschaft geschaffen, das aus einem Reichskommissar, einem Stellvertreter und einer Reihe von ständigen Mitarbeitern aus den Kreisen der Industrie, der Landwirtschaft, der Reederei, des Handels und des Bankwesens besteht. Daneben ist ein Beirat eingerichtet, in den vom Reichskanzler Vertreter aus allen Kreisen unseres Wirtschaftslebens, insgesamt etwa 300 Sachverständige, berufen sind. Die Bearbeitung aller einzelnen Fragen geschieht in Fachausschüssen, die den acht Abteilungen des Reichskommissariats angegliedert sind. Die Schaffung dieser besonderen Behörde für Uebergangswirtschaft beruhte darauf, daß das Reichsamt des Innern eine so umfangreiche Arbeitsleistung zu bewältigen hatte, daß es unmöglich erschien, diesem Amt auch noch die großen und schwierigen Aufgaben der Uebergangswirtschaft zu übertragen. Nachdem nun inzwischen die Errichtung eines Reichswirtschaftsamts beschlossen ist, liegt kein Anlaß mehr vor, die Fragen der Uebergangswirtschaft von einem besonderen Reichskommissariat bearbeiten zu lassen. Aus diesem Grunde haben die ständigen Mitarbeiter des Reichskommissars einstimmig den Entschluß gefaßt, dem künftigen Leiter des Reichswirtschaftsamts ihre Aemter zur Verfügung zu stellen, um ihm die Möglichkeit zu geben, das Reichswirtschaftsamt völlig unabhängig von der bestehenden Organisation zu gestalten. Das Reichskommissariat wird in das Reichswirtschaftsamt eingegliedert werden, und zwar nicht als selbständige Abteilung, sondern es wird eine Verschmelzung mit der wirtschaftspolitischen Abteilung des neuen Reichsamts stattfinden, wodurch eine einheitliche Bearbeitung aller Fragen der Kriegs-, Uebergangs- und Friedenswirtschaft erreicht wird.

Frankreich verschärft seine Grenzüberwachung

Paris, 8. Okt. Um die Ueberwachung der Land- und Seegrenzen zu verschärfen, schafft ein Erlaß besondere Ueberwachungsgebiete unter der Leitung von Regierungskommissaren, welche die Zusammenarbeit der verschiedenen Dienstzweige sichern sollen.

Wegen Raummangel erscheint die Fortsetzung unseres Romans „Geheimnisse und Wunder" in der Abendausgabe.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191710101-10/fragment/page=0003

Führende Männer des deutschen Wirtschaftslebens zur 7. Kriegsanleihe

Wer nicht will —

Wer nicht will, daß England, wie einst, die ihr Fabrikstätte der Welt werde,
Wer nicht will, daß unsere Handelsflagge vom Meere verschwinde,
Wer nicht will, daß wir wirtschaftlich um Jahrzehnte zurückgeworfen werden,
Wer nicht will, daß der Aufstieg der deutschen Arbeiterklasse tiefstem Niedergang weiche,
der helfe den Krieg gewinnen,
der zeichne die 7. Kriegsanleihe.

Dr. Gustav Stresemann, M. d. R.
Syndikus des Verbandes Sächsischer Industrieller.

*

„Was der Deutsche will, das kann er auch!"

Er will siegen und wird den blutigsten aller Kriege siegreich zu Ende führen, und

„was der Deutsche muß, das tut er auch".

Er weiß, daß zum Kriegführen Geld gehört, und wird die 7. Kriegsanleihe zeichnen, so daß sie größer wird, als die 6. Zeichnung war. Ganz gewiß tut es der Kaufmann, denn er weiß, daß nur ein siegreicher Frieden Deutschland in Handel und Schiffahrt die Stellung in der Welt wiedergeben wird, die ihm gebührt.

Richard C. Krogmann, Hamburg,
stellvertr. Präses der Handelskammer und Vorsitzender der See-Berufsgenossenschaft.

*

Wer noch im Zweifel gewesen sein sollte, daß unserm Vaterlande ein Abwehrkrieg aufgezwungen worden ist, dem müssen die Enthüllungen aus dem Prozeß Suchomlinow die Augen geöffnet haben. Es gilt also die Verteidigung des deutschen Vaterlandes. Aber das nicht nur allein — auch die Niederwerfung des deutschen Welthandels und der deutschen Industrie sind Kriegsziele unserer heutigen Feinde. Würde dieser verruchte Plan gelingen, dann sind die Lebensmöglichkeiten und der kulturelle Aufstieg der deutschen Arbeiterschaft auf Jahrzehnte hinaus unterbunden. Es gilt also, in diesem Kriege auch zu kämpfen für die Erhaltung und Förderung der Lebensbedingungen unserer arbeitenden Bevölkerung. Und da darf kein Opfer zu groß sein. Wer es immer vermag, der muß sein Teil beitragen, um auch die 7. Kriegsanleihe zu einem deutschen Siege zu gestalten, der uns und unsere Kinder vor einem neuen Ueberfall bewahrt und uns für die Zukunft neue Aufstiegsmöglichkeiten sichert.

Gustav Hartmann,
Vorsitzender des Verbandes der Deutschen Gewerkvereine (Hirsch-Duncker).

Provinz Sachsen und Umgebung

Aus Landes- und Stadtparlamenten
Verbandstagungen — Wahlen

t. **Merseburg**, 9. Okt. (Stadtverordneten-Sitzung.) Einen überraschenden Ausgang nahm die Beratung der Magistratsvorlagen über Beschaffung eines Knochenkochers zur Fettgewinnung für die städtische Wurstfabrikation und die Errichtung eines vierten Ofens im Gaswerk. In ersterem Falle wurden 4250 Mark für Anschaffung eines Knochenkochers für die Schlachthalle gefordert. Der Berichterstatter beantragte Ablehnung, da der Apparat viel zu teuer sei und die Stadt keinerlei Vorteil hiervon habe. Das aus den Knochen etwa gewonnene Fett gehöre nicht in die Wurst. Trotzdem Erster Bürgermeister Hertzog die Vorlage warm befürwortete und sie mit der Pflicht der Stadt begründete, alles Mögliche zur Fettgewinnung zu unternehmen, wurde die Vorlage abgelehnt. Weiter wurde die Bewilligung von 100 000 Mark als Anleihe zur Errichtung eines vierten Ofens im Gaswerk gefordert. Nachdem Vorsteher Landsrat Bothe auf die bedeutende Ausgabe bei der jetzigen großen finanziellen Belastung und die Möglichkeit der Ausbesserung des alten Ofens hingewiesen hatte, wurde der Magistratsantrag abgelehnt und eine fünfköpfige Kommission mit der weiteren Prüfung der Angelegenheit betraut.

— **Greiz**, 9. Okt. (Der Kommunalverband des Fürstentums) beabsichtigt in Greiz eine Molkerei zu errichten und die jetzt völlig unzureichende Versorgung mit Milch durch Lieferungszwang an die Molkerei und Verbot des Butterns für die ländlichen Besitzer, sicherzustellen. Der Gemeinderat genehmigte die Hergabe des sogenannten Unterstationsgebäudes des Elektrizitätswerkes zur Errichtung der Molkerei gegen eine jährliche Pacht von 750 Mark. — Für die Ehrengabe zu Hindenburgs 70. Geburtstage bewilligte der Kommunalverband 500 Mark.

Land- und Forstwirtschaft

— **Blankenhain**, 9. Okt. (Das benachbarte Rittergut Kottenhain,) bisher den Heydenreichschen Erben in Oberweimar gehörig, ist durch Kauf in den Besitz des Fabrikbesitzers Böhme aus Weißenfels übergegangen. Der Kaufpreis betrug 300 000 Mark.

— **Lichtenfels**, 8. Okt. (Reiche Ernte.) In Marktredwitz erntete ein Landwirt bei 4 Zentner Aussaat 86 Zentner Kartoffeln.

Diebstähle und andere Straftaten

— **Altenburg**, 9. Okt. (Die Veruntreuungen) des verhafteten langjährigen Buchhalters und Kassierers der Landkraftwerke, Alfred Kresselé, belaufen sich auf 150 000 Mark. Das Geld hat er meistenteils verbleit.

— **Kuburg**, 9. Okt. (Der Gasthausdieb,) der in letzter Zeit thüringische und fränkische Städte unsicher machte, ist hier festgenommen worden. Der Gauner hatte sich auf den Bettendiebstahl verlegt und sich beim Verkauf als Vertreter eines schlesischen Abschlagsgeschäftes ausgegeben. Er nannte sich Carl Wachsmuth aus Hathhütte. Es dürfte sich jedoch um einen alten Zuchthäusler handeln, der in Untermaßfeld entwichen ist und steckbrieflich verfolgt wird.

Verschiedene Nachrichten

× **Merseburg**, 9. Okt. (Verwaltungsgerichtsdirektor Klingholz) erhielt aus Anlaß seines gemeldeten Uebertritts in den Ruhestand den Roten Adlerorden 2. Klasse mit Eichenlaub.

— **Jena**, 9. Okt. (Die hier tagende Versammlung der Vertreter deutscher Ortskrankenkassen) beschloß einstimmig die Gründung einer Ruhegehaltsversicherung für deutsche Krankenkassenangestellten mit dem Kassensitz in Weimar.

— **Weimar**, 9. Okt. (Der Landesverband des Deutschen Flottenvereins im Großherzogtum Sachsen) hat auf seiner heute hier abgehaltenen 15. ordentlichen Hauptversammlung nachstehende Entschließung einstimmig angenommen: „Die Hauptversammlung erblickt im 4. Jahre des gewaltigsten Geschehens deutscher Geschichte nach ungeheuren Opfern an Blut und Gut in den auf der 15. Hauptversammlung des Deutschen Flottenvereins beschlossenen Kriegszielen zur Sicherung der künftigen Seegeltung des Deutschen Reiches den einzigen Weg zur Erzwingung eines deutschen Friedens, der Deutschlands Sicherheit allein auf Deutschlands Kraft bauen kann. Sie weist in Einmütigkeit alle feindlichen Versuche des anglo-amerikanischen Bundes zur Entzweiung unseres Volkes zurück und steht mit Hindenburg treu zu Kaiser und Reich. Sie begrüßt die Gründung der Deutschen Vaterlandspartei zur Schaffung einer starken inneren Macht gegen Schleichung eines schmächlichen Verständigungsfriedens und fordert alle Mitglieder auf, durch Beitritt und Werbung deren Ziele in aller nationaler Eingebung zu fördern." Ferner wurde ein Huldigungstelegramm an den Großherzog und Begrüßungstelegramme an die Großadmirale v. Koester und v. Tirpitz, sowie an Vizeadmiral Souchon gerichtet.

Aus Halle und Umgebung

Halle, 10 Oktober.

Grundsätze für die Kartoffeleinkellerung in den Haushalten.

Grundsätze für die Kartoffeleinkellerung in den Haushaltungen hat die Stadt Köln Ende August 1917 aufgestellt. Theoretisch zugewiesen sind ihr von der Reichskartoffelstelle 2 400 000 Zentner. Unter der Voraussetzung, daß nennenswerte Mengen davon eintreffen, sollen zunächst 100 000 Zentner in städtischen Kartoffelkellern, Rheinschiffen, Ringofenziegeleien und Malzfabriken untergebracht werden, welche Räume für etwa 400 000 bis 500 000 Zentner Kartoffeln ausreichen. Sobald 100 000 Zentner für die Stadt eingelagert sind, beginnt die Einkellerung der Haushaltungen, wobei zunächst auf den Kopf ein Zentner kommt. Bevorzugt werden Krankenhäuser und sonstige Wohlfahrtsanstalten und die Kriegsfamilien. Ferner erhalten die industriellen Werke Kartoffeln für ihre Arbeiter waggonweise. Erst dann sollen die bessergestellten Volksschichten an die Reihe kommen. Der Handel wird, soweit er über Wagen und Pferde verfügt, in die Regelung mit einbezogen. Damit angesichts der beschränkten Transportverhältnisse möglichst wenige Abnehmer sich die Kartoffeln zufahren lassen, wird für die Anfuhr ein beträchtlicher Zuschlag gefordert werden.

Im vorigen Jahre, wo die Stadt 485 000 Zentner Kartoffeln auf Lager genommen hatte, betrug der Verlust 8,4 Prozent einschließlich etwa 3,4 Proz. Verlust auf dem Transport, in Halle bloß etwa 6 b. H. Es wurde aber viel für Viehfutter gerettet. In diesem Jahre sind durch Abmachungen mit der großen Zuckerfabrik Dormwegen und durch die eigene städtische Dörranstalt noch bessere Vorkehrungen getroffen, um Kartoffeln, die dem menschlichen Genuß nicht mehr dienen können, durch Trocknen für die Viehfütterung zu retten.

Von der Universität Halle

Dem ordentlichen Professor in der Theologischen Fakultät der hiesigen Universität Großherzoglich Hessischen Geheimen Kirchenrat D. Karl Eger ist der Charakter als Geheimer Konsistorialrat verliehen worden.

Die Stadt Halle in den Verlustlisten

Preußische Verlustliste Nr. 948. Föhre, Wilhelm, 27. 5., leicht verw. Hoffmann, Ehrhardt, 9. 8., leicht verwundet. Hoffmann, Paul, Gefr., 25. 4., Troiha — bish. vermißt, lt. priv. Mitt. in Gefgch. Kern, Paul, 18. 1., Crößwitz — vermißt. Ludwig, Max, 22. 4., bish. vermißt, lt. priv. Mitt. in Gefgch. Steinhert, Herbert, Gefr., 6. 12., schw. verw. — Preußische Verlustliste Nr. 950. Fischer, Wilhelm, 12. 11., schwer verw. Kiehsler, Paul, 6. 3., leicht verw. Kummert, Otto, 12. 8., leicht verwundet. Patzsch, Walter, Uffz., 6. 8., gefallen. — Sächsische Verlustliste Nr. 447. Schönfeld, Wilhelm, Uffz., 9. 9., leicht verw. Striem, Wolfgang, Gefr., Tamb., 21. 3., vermißt. — Kaiserliche Marine-Verlustliste Nr. 128. Paatz, Walter, Mt. — tot. — Preußische Verlustliste Nr. 951. Krüger IV, Alexander, 15. 1., bish. verwundet, gestorben. Spatzier, Kurt, 25. 3., leicht verw. — Preußische Verlustliste Nr. 952. Gottschall, Karl, 21. 7., Giebichenstein — gefallen. Mußtopf, Karl, 16. 12., gefallen. Noack, Willy, 5. 1., bish. schw. verw., gestorben 16. 10. 15. Zeitel, Paul, 14. 8., Giebichenstein — schw. verw. — Preußische Verlustliste Nr. 953. Boch, Paul, 10. 12., Giebichenstein — leicht verw. Böhr, Karl, Gefr., 25. 6., vermißt. Brandt, Max, 13. 2., bish. vermißt, war im Laz., z. Tr. zurück. Dietrich, Ernst, 6. 11., bish. vermißt, in Gefgch. Hertwig, Gustav, 24. 4., bish. vermißt, in Gefgch. Hofmann, Otto, Uffz., 20. 5., schw. verw. Müller III, Wilhelm, 7. 7., bish. vermißt, in Gefgch. Thielemann, Bernhard, 17. 11., leicht verw. Wichmann, Alfred, 6. 3., leicht verw. — Preußische Verlustliste Nr. 954. Böttge, Hermann, 26. 7., schwer verw. Reinecke, Richard, 29. 3., gestorben an seinen Wunden. Keller, Friedrich, Gefr., 2. 3., Giebichenstein — leicht verw., b. d. Tr. Nicolai, Fritz, 17. 9., gestorben an seinen Wunden. Przybyla, Otto, 11. 1., gefallen. Rothkopf, Paul, 30. 5., leicht verw. Schindler, Friedrich, 3. 3., bish. vermißt, in Gefgch. Seus, Walter, 10. 7., leicht verw. Spörry, Max, 2. 3., verw., 19. 11. 15. — Preußische Verlustliste Nr. 955. Biermann, Karl, 2. 3., leicht verw. Fast, Alfred, 20. 11., leicht verw. Rotrodt, Max, 8. 11., verw. und vermißt.

— **Eine Ehrenpflicht** ist es für jeden Deutschen, seinen Kindern die blühende stolze Heimat zu erhalten und ihnen durch die Zeichnung der 7. Kriegsanleihe ein sicheres zukunftsreiches Vaterland zu geben. Wie mutig und treu kämpfen Deutschlands Krieger zu Lande, zu Wasser und in der Luft, wie freudig schlagen sie Leben und Freiheit in die Schanze, um ihr Vaterland zu erhalten, wie sie es verlassen haben, um ihren Kindern den heimatlichen Herd zu erhalten. Es darf aber nicht die ganze Sorge um Deutschlands Zukunft nur auf ihren Schultern ruhen. Ganz Deutschland muß der schweren Prüfungsstunde gewachsen sein. Mit Gut und Blut heißt es um den glorreichen Frieden kämpfen. Mit ihrem Blut kämpfen die Soldaten an allen Fronten. Mit dem Gut soll die Heimat kämpfen. Die 7. Kriegsanleihe gibt jedem Deutschen Gelegenheit, zu dem großen heiligen Werk sein Teil beizutragen. Möge keiner seine Zeichnungspflicht versäumen.

Landwirtschaftliches

Aufhebung der staatlichen Vergütungen für besondere Milchlieferungen

Die zur Erhaltung der Rindviehbestände und zur Förderung der Milcherzeugung für die öffentliche Bewirtschaftung verfügbaren Futtermittel sollten nach den Weisungen des Landesfuttermittelamts von den Provinzial- und Kreisfuttermittelstellen unter Mitwirkung der zuständigen Fettstellen verteilt werden. In weitgehendstem Maße sollte nach früheren Beschlüssen durch Prämiierung der Milchlieferung mittels Hingabe von Futtermitteln und sonstige Maßnahmen die Milchlieferung in den einzelnen Provinzen durch die Provinzialfuttermittelstellen gefördert werden. Leider wird es wegen der allgemeinen Futtermittelknappheit nun nicht möglich sein, Futtermittel für diese Zwecke zur Verfügung zu stellen. Die Notwendigkeit einer ausreichenden Versorgung der Pferde zur Aufrechterhaltung des gesamten wirtschaftlichen Lebens läßt es nicht zu, daß durch Auslobungsverfahren usw. Futtermittel zur Hebung der Milchleistung bereitgestellt und damit dem wichtigen Gespannvieh entzogen werden. Es mußte deshalb leider verfügt werden, daß mit Wirkung vom 1. Oktober ab die Aufhebung des Auslobungsverfahrens erfolgt. Ebenso werden für die bestehenden Milchlieferungsverträge weiterhin Futtermittel nicht mehr zur Verfügung gestellt. Diese auf das lebhafteste zu bedauernde Maßnahme, die ich Entnehmen wie der Landesfettstelle erfolgen mußte, beweist, welch großen Schwierigkeiten die Landwirtschaft auf dem Gebiete der Viehhaltung gegenübersteht. Man wird zweifellos mit einem weiteren Rückgang der Milcherzeugung rechnen müssen.

Börsen- und Handelsteil

Sächsisch-thüringischer Verband der Schutzgemeinschaften für Handel und Gewerbe

Gera, 9. Oktober.

Der Verband hielt hier seine dritte Kriegstagung ab. Außer der Erledigung der üblichen geschäftlichen Angelegenheiten wurde zum Wuchergesetz Stellung genommen. Nach einem Referat über die der Kleinhandel schädigenden Vorschriften und die bei allgemeinen Verhältnissen sich nicht anpassenden Gerichtsentscheidungen wurde folgende Entschließung einstimmig angenommen: „Bei der Prüfung, ob eine übermäßige Preisteigerung vorliegt oder ein übermäßiger Gewinn erzielt ist, ist nach folgenden Gesichtspunkten zu verfahren: Wenn ein lediglich durch die abnormalen Zeiten zustande gekommener Marktpreis besteht, ist dieser zu Grunde zu legen. Wird von den Beschaffungskosten ausgegangen, so sind sämtliche Unkosten einschließlich der Verzinsung nach ihrer durch die Teuerungsverhältnisse bedingten Höhe einzusetzen. Nicht der einzelne Geschäftsvorfall ist für sich zu beurteilen, sondern die gesamten Geschäftsverhältnisse sind zu berücksichtigen. Zu vergleichen ist nicht der im Kriege gezogene Reingewinn mit dem im Frieden erzielten, sondern der prozentual zu berechnende Gesamtzuschlag des Krieges mit dem des Friedens. Ob dieser prozentuale Zuschlag unter Berücksichtigung der gesamten Verhältnisse und der Marktlage einen übermäßigen Gewinn enthält, ist nach den für den ehrbaren Kaufmannsstand maßgebenden Grundsätzen zu beurteilen. Sollte die Rechtsprechung des Reichsgerichtes fernerhin diese Grundsätze nicht Rechnung tragen, so muß eine entsprechende Aenderung der in Frage stehenden Bundesratsbestimmungen gefordert werden."

Ferner berichtete der Vorsitzende Krödel-Zeitz über den Krieg und Kleinhandel. Vertreten waren die Städte Magdeburg, Gera, Greiz, Oelsnitz, Naumburg, Reichenbach, Rudolstadt, Schmölln, Weimar, Torgau, Zeitz, Zwickau und Mühlhausen. Eine Anzahl Städtegruppen waren infolge der Kriegsverhältnisse nicht erschienen.

Devisenkurse

Berlin, 9. Oktober. Die telegraphischen Auszahlungen stellten sich heute für

	Geld	Brief
Holland	203¾	204¼
Dänemark	221	221¾
Schweden	245¼	246¼
Norwegen	222¾	222¾
Schweiz	152¾	153
Oesterreich-Ungarn	64,30	64,80
Bulgarien	80¾	81¼
Konstantinopel für ein türkisches Pfund	20.50	20.60
Spanien für 100 Peseta	130¼	131¼

Börsenstimmungsbild

Berlin, 9. Okt. Die Kursbewegung im heutigen Börsenverkehr zeigte keine einheitliche Richtung. Im Anschluß an die gestrige Wiener Aufwärtsbewegung entwickelte sich zunächst ein angeregtes Geschäft in österreichischen Werten, das zu erheblichen Besserungen, so in Kredit-, Staatseisenbahn-, Lombarden und Orientbahnaktien führte. Auch türkische Tabakaktien stellten sich höher. Im übrigen erstreckte sich die Kauflust besonders auf genannte Friedenswerte. Hieraus zogen bejondere Deutsche Bank und die Skonto-Kommandit Nutzen. Auch einzelne Bergwerksaktien zogen an. Schiffahrtsaktien besserten sich nach schwachem Beginn, besonders stiegen Hansa. Von Rüstungswerten erlitten Daimlermotore und Rheinmetall beträchtliche Kurseinbußen. Die Aktien der zum Berliner Kongern gehörigen chemischen Unternehmungen besserten sich bei ziemlich lebhaftem Geschäft. Deutsche Anleihen waren unverändert fest.

Produktenbericht.

Berlin, 9. Okt. Im Produktenverkehr machte sich wieder eine recht starke Nachfrage für alles Rauhfutter, Heu, Stroh und Häcksel bemerkbar, bei deren knapper Versorgung durch die Gemeinden die Pferdehalter sich zur Beschaffung eines Zuschusses lebhaft bemühen. Die Händler sind jedoch wegen Mangel an Material bei weitem nicht imstande, die Nachfrage zu befriedigen. Großer Begehr zeigte sich für Runkelrüben, doch erweisen sich die Preisforderungen der Landwirte vielfach als zu hoch gestellt. In Sämereien aller Art besteht nach wie vor gute Kauflust, doch ist es zu größeren Abschlüssen heute nicht gekommen, da das Material aus neuer Ernte noch nicht am Markte ist und das noch vorhandene alte sich von geringerer Qualität erwies. In Sodgetreide ist der Verkehr still. Weiter: Regen.

— **Der Aufsichtsrat der Deutschen Verlagsanstalt in Stuttgart** beschloß, für das Geschäftsjahr 1916/17 eine Dividende von 10 Proz. (im Vorjahr 6 Proz.) zu beantragen.

Letzte Telegramme

Aus der bayerischen Abgeordnetenkammer

München, 9. Oktober. **In der heutigen Sitzung des Finanzausschusses der Abgeordnetenkammer machte der Kriegsminister eingehende Mitteilungen über die militärische Lage auf allen Kriegsschauplätzen. Unser Feldherr bietet die volle Gewähr, daß wir die Wirkungen des U-Bootkrieges abwarten können, wenn eine einige Heimat hinter uns steht. Auch unsere Rohstoffwirtschaft kann durchhalten, wenn auch mit Ersatzstoffen. Die Verluste des bayerischen Heeres sind nicht größer als jene anderer Bundeskontingente.**

Mitberichterstatter Dr. Hammerschmidt (liberal) erklärte, mit Friedensäußerungen müsse das deutsche Volk vorsichtig sein. Eine einige Fühlungnahme zwischen Volksvertretung und Regierung sei nötig.

Abg. Held (Zentr.) äußerte, die Papstnote werde auch im feindlichen Ausland noch Beachtung finden.

Besprechung

Wien, 9. Okt. (Korr.-Bureau.) Ministerpräsident v. Seidler hatte heute eine Besprechung mit den südslavischen Abgeordneten Korosec und Laginja. Die Besprechung wird am Donnerstag fortgesetzt.

Julius Justh †

Budapest, 9. Okt. Der ehemalige Präsident des Abgeordnetenhauses und langjähriger Führer der Unabhängigkeitspartei Reichstagsabgeordneter Julius Justh ist infolge Herzschlages gestorben.

Eine japanische Marinemission in Toulon

Bern, 9. Okt. In Toulon traf französischen Blättern zufolge eine japanische Marinemission ein, die die militärischen und maritimen Anlagen besichtigte.

Der Khedive in Konstantinopel

Konstantinopel, 9. Okt. (Agentur Milli.) Der Khedive ist heute nachmittag hier eingetroffen und wurde im Dolma Bagtsche-Palais vom Sultan empfangen.

Gib' Dein Geld in den sichern Geldschrank des Vaterlandes: Zeichne Kriegsanleihe.

Verantwortlich:
für den politischen Teil: Dr. Hans Simon; für Oertliches, Landwirtschaftliches, Gerichtssaal und Sport: Heinrich Miechner; für Provinz, Börsen- und Handelsteil: Georg Fernandes; für den übrigen Teil: Dr. Hans Simon; für den Anzeigenteil: Otto Kreibohm, sämtlich in Halle.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191710101-10/fragment/page=0004